

**Canan Bayram**

- (A) Meine Damen und Herren, was hat die AfD hier für einen Antrag vorgelegt? Man fragt sich: Worüber wollen Sie eigentlich diskutieren? – Das Thema soll das Bargeld sein. Ich weiß nicht, wer bei der AfD davon geträumt hat, dass es politische Kräfte gäbe, die das Bargeld abschaffen wollen würden, wahrscheinlich der Moruk, der in der ersten Reihe schläft. Der Albtraum der AfD ist völlig absurd.

(Beatrix von Storch [AfD]: Keine Macht den Drogen!)

Herr Gauland hat sich Sorgen gemacht, dass demnächst das Bargeld abgeschafft wird. Ich kann Ihnen sagen: Keiner will das. Für uns, Bündnis 90/Die Grünen, gilt vielmehr: Freiheit statt Angst. Dazu gehört auch die Freiheit, in seinen Bewegungsprofilen nicht überwacht zu werden. Natürlich können und sollen die Leute weiterhin mit Bargeld zahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg. Matthias Hauer [CDU/CSU])

Vor zwei Wochen haben wir hier einen Entschließungsantrag eingebracht, den auch Die Linke und die FDP unterstützt haben, mit dem wir Bargeldzahlungen bei Immobilienkäufen ausschließen möchten, um Geldwäsche zu verunmöglichen, weil Geldwäsche ein Verbrechen darstellt, meine Damen und Herren. Das wollen wir bekämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

- (B) Bei Verbrechen fällt mir komischerweise wieder die AfD ein. Man fragt sich: Wie werden eigentlich die Waffen bezahlt, die irgendwie mit dem Büro von Herrn Bystron verwickelt sind, mit Bargeld oder mit etwas anderem?

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Was reden Sie denn da?)

Wie sind die ganzen Koffer und sonstigen unterstützten Parteispenden bei der AfD eigentlich eingegangen? Kennen wir nur die unbaren Zahlungen? Gab es da vielleicht auch Geldkoffer?

Meine Damen und Herren, für uns Grüne steht fest: Parteienfinanzierung benötigt größtmögliche Transparenz, das heißt, wir müssen klar überwachen, wohin Bargeld fließt, um zu merken, wann der Geldfluss gegen geltende Gesetze verstößt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch gar keine Frage! Da es völliger Unsinn ist, zu behaupten, dass hier irgendwer plant, das Bargeld abzuschaffen, fragt man sich insoweit schon: Wovor hat die AfD eigentlich Angst?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Karsten Hilse [AfD]: Nicht vor den Grünen! – Weiterer Zuruf von der AfD: Fake News!)

– Genau. – Sie hat Angst, dass sie selber irgendwann an ihre eigenen Fake News glaubt. Soweit ist es mit denen schon gekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

(C)

Das Wort geht an Matthias Hauer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Matthias Hauer (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir als CDU und CSU stehen zum Bargeld. Das war schon 2019 so,

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das war schon unter Kohl so!)

als Sie seitens der AfD Ihren Gesetzentwurf eingebracht haben, das ist heute so, und das wird auch in Zukunft so sein. Niemand möchte das Bargeld abschaffen, auch aus den anderen Fraktionen niemand.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Es ist schön, das zu hören! Das merken wir uns!)

Schon bei der Einbringung des AfD-Gesetzentwurfs hatte ich das abgefragt; Kollege Paul Lehrieder hat das freundlicherweise zitiert. Zur Sicherheit, wirklich nur um tausendprozentig sicherzugehen, möchte ich das heute noch einmal tun: Wir haben viele Finanzpolitiker hier. Ist irgendjemand hier im Raum anwesend, der das Bargeld abschaffen möchte?

(Zurufe: Nein! – Dr. Götz Frömming [AfD]: Niemand hat die Absicht ...!)

Ich habe ein paar Sekunden Zeit gelassen. Wirklich niemand möchte das Bargeld abschaffen.

(D)

Und jetzt kommt die AfD und will das Bargeld retten. Jetzt müssen Sie nur noch jemanden finden, vor dem Sie das Bargeld retten können. Hier im Raum jedenfalls finden Sie keinen. Sie wollen Ängste schüren, Sie wollen Gefahren herbeireden, um sich dann selbst als Retter zu präsentieren.

(Beatrix von Storch [AfD]: Hass und Hetze!)

Aber das lassen wir Ihnen hier gemeinsam nicht durchgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jeder wird auch in Zukunft mit Bargeld bezahlen können. Jeder Mensch soll selbst entscheiden, ob er lieber bar oder bargeldlos bezahlt. Die Freiheit des Bargeldverkehrs ist unantastbar.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: In welcher Höhe?)

Für diese Erkenntnis braucht es keine AfD. Bargeld ist Datenschutz, Bargeld ist auch Privatsphäre, Bargeld ist Freiheit. Dazu stehen wir hier fraktionsübergreifend.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Unbegrenzt?)

Bereits jetzt ist Bargeld durch unsere Verfassung geschützt: durch die Eigentumsfreiheit, durch die Vertragsfreiheit, durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Auch deshalb ist Ihr Gesetzentwurf schlicht überflüssig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Matthias Hauer**

- (A) Wie argumentiert jetzt die AfD? Sie befürchten – Zitat – eine Aufweichung der Datenschutz-Grundverordnung zulasten des Datenschutzes. Es geht um dieselbe DSGVO, die Sie als Bürokratiemonster und Angriff auf die Meinungsfreiheit bezeichnet haben. Und Sie befürchten einen – Zitat – Überwachungsstaat. Gleichzeitig waren Sie die Fraktion, die der Facebook-Währung unkritisch den roten Teppich ausrollen wollte – Kollege Liebig hat das freundlicherweise mit Zitaten untermauert – und damit ausländischen Großkonzernen blind vertrauen wollte. Auch das sollten die Menschen erfahren.

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Peterka von der AfD-Fraktion?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):**

Ich habe bisher immer alle Zwischenfragen zugelassen. Diesmal möchte ich es nicht tun, weil ich glaube, dass die Debatte gerade ein so hohes Niveau erreicht hat und kurz vor dem Abschluss steht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Insofern können wir das gerne beim nächsten Mal klären.

(Stephan Brandner [AfD]: Sie haben Angst!)

- (B) Sie haben sich als AfD schon 2016 für den Erhalt des Bargeldes ausgesprochen. Auch damals wollte niemand das Bargeld abschaffen. Sie haben damals sogar eine Kampagne unter dem Titel „Bargeld lacht!“ gestartet. Sie schreiben auf Ihrer Homepage – Zitat –:

Dazu liefert die Website [www.bargeld-lacht.org](http://www.bargeld-lacht.org) ausführliche Informationen über die Absichten der Altparteien und die Antworten der AfD darauf.

Wenn die AfD immer noch glauben würde, das Bargeld sei in Gefahr, dann würden Sie doch auf dieser Kampagnenseite liefern, Fakten zusammentragen, Namen nennen, Lösungen präsentieren. Dann schauen wir mal, was aus dieser AfD-Seite geworden ist: Schon bei Einbringung des Gesetzentwurfs 2019 standen da nur noch viele asiatische Schriftzeichen. Worum ging es da? Da stand auf Japanisch: Wie hoch ist die jährliche Invalidenrente? – Also schon zur ersten Lesung hatten Sie die Seite offenbar eingestellt und nach Japan verkauft. So wichtig war Ihnen dieses Anliegen; so stark in Gefahr sahen Sie das Bargeld, nämlich überhaupt nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heute kann man diese Kampagnenseite – falls Sie das recyceln wollen – erneut erwerben, sie steht nämlich zum Verkauf. Der japanische Seiteninhaber verlangt ein Mindestgebot von 2 999 US-Dollar,

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Was Sie alles wissen!)

zahlbar – das habe ich natürlich extra für Sie gecheckt – (C) per Kreditkarte, PayPal, Überweisung oder Alipay; leider keine Barzahlung möglich.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da haben Sie sich wohl den falschen Vertragspartner für Ihre Kampagnenseite ausgesucht. Sie haben die Kampagne also offenbar eingestellt. Nehmen Sie 2 999 US-Dollar unbar in die Hand, dann können Sie das recyceln.

Also: Es gibt das Bargeld immer noch. Das wird auch so bleiben. Das Bargeld steht nicht zur Disposition. Es ist gut, wenn Sie sich künftig mehr um die japanische Invalidenrente kümmern und weniger um Deutschland. Dann bleibt uns auch hier im Haus vieles an Hetze erspart.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Ich erteile das Wort Herrn Peterka zu einer Kurzintervention.

**Tobias Matthias Peterka (AfD):**

Herr Hauer, stellvertretend für die meisten anderen sage ich: Ich verstehe ja dieses billige Manöver nach dem Motto „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“ etc.; aber bitte verkneifen Sie es sich doch. (D) Ich hätte wahrscheinlich in jedem dritten Satz sagen können: „de facto Benachteiligung“, „nur de facto“. Sie hätten die Sprüche trotzdem gebracht. Das ist einfach billig.

(Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So traurig! Armer Herr Peterka! Oh!)

Diese komische Homepage, die, glaube ich, von Professor Otte war, hier noch rauszuziehen, das ist doch wirklich unterste Schublade. Sparen Sie sich doch diesen Klamauk! Dazu ist das Thema zu wichtig. Meine Frage hätten Sie auch gleich zulassen können; dann hätte ich das jetzt nicht machen müssen.

Vielen Dank.

(Christian Dürr [FDP]: Was ist denn die Frage? – Gegenruf des Abg. Tobias Matthias Peterka [AfD]: Intervention!)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Herr Kollege Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):**

Herr Kollege Peterka, eine Frage habe ich Ihrem Statement nicht entnommen. Die müssen Sie auch nicht stellen.

(Karsten Hilse [AfD]: Das muss auch keine Frage sein! Lesen Sie die Geschäftsordnung! – Weitere Zurufe von der AfD)

**Matthias Hauer**

- (A) – Warten Sie. Hören Sie mir doch mal zu, dann können Sie auch verstehen, was ich sage.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Nein, das glaube ich nicht!)

Das ist ein alter Trick, den ich Ihnen hier kostenlos mit auf den Weg gebe.

Also, die Seite wurde angekündigt von Frau Weidel. Die hat, glaube ich, auch noch eine Funktion in Ihrer Fraktion. Ich sehe sie jetzt hier nicht mehr. Insofern weiß ich das nicht so genau, aber ich gehe mal davon aus, sie ist noch im Amt.

(Stephan Brandner [AfD]: Ist Frau Merkel noch im Amt? Sie ist auch nicht da!)

Insofern hat sie auch noch eine gewisse Bedeutung.

Ansonsten habe ich in Ihrer Frage bzw. Ihrem Statement keinerlei Substanz erkennen können, nichts, worauf ich antworten könnte. Insofern freue ich mich, wenn wir jetzt zum Ende der Debatte kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Ich schließe die Debatte.

- (B) Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD zur Änderung des Grundgesetzes zum Schutz der Bargeldnutzung (Artikel 14). Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/16525, den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/14761 abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung gegen die Stimmen der AfD mit den restlichen Stimmen des Hauses abgelehnt worden. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung. Es gibt also keine dritte Lesung zu diesem Gesetzentwurf.

Tagesordnungspunkt 12 b. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/26904 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Federführung ist jedoch strittig. Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD wünschen Federführung beim Finanzausschuss. Die Fraktion der AfD wünscht Federführung beim Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktion der AfD. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der Linken, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen, der CDU/CSU und der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Überweisungsvorschlag ist damit abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD, also Federführung beim Finanzausschuss. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Das sind die Fraktionen der Linken, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen, der

CDU/CSU und der FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Stimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Der Überweisungsvorschlag ist damit angenommen

Zusatzpunkt 12. Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/26881 mit dem Titel „Bargeld ist geprägte Freiheit – Keine Obergrenzen für Bargeldkäufe einführen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der CDU/CSU. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 a und 13 b sowie Zusatzpunkt 13 auf:

- 13 a) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

**Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien verwirklichen**

**Drucksache 19/26893**

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Simone Barrientos, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Kulturarbeit fair, divers und geschlechtergerecht gestalten**

**Drucksache 19/26873**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Kultur und Medien (f)  
Ausschuss für Arbeit und Soziales  
Haushaltsausschuss

(D)

- ZP 13 Beratung des Antrags der Abgeordneten Erhard Grundl, Ullé Schauws, Tabea Rößner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Eine Quote für die Kunst – Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien**

**Drucksache 19/26888**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Kultur und Medien

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort geht an Elisabeth Motschmann von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Kultur- und Medienbereich, der sich so gerne fortschrittlich gibt, uns gerne kritisiert, haben Frauen schlechtere Chancen als Männer. Das gilt für Honorare und Gehälter, für Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten, für die Vergabe von Preisen und Stipendien oder für die Besetzung von Führungspositionen in Kultureinrichtungen. Qualifizierte Frauen gibt es im Kunst- und Kulturbereich genug – man blicke nur auf die Kunsthochschulen und Universitäten.